

NACHRICHTEN

Verbot für NPD beantragt

BERLIN: Der deutsche Bundesrat hat am Freitag mit grosser Mehrheit ein Verbot der rechtsextremen NPD beantragt. Er folgte damit der rot-grünen Regierung, die zwei Tage zuvor einen solchen Schritt zur Auflösung der Partei beschlossen hatte. Nun will die Länderkammer beim Bundesverfassungsgericht ebenfalls erreichen, dass die Nationaldemokratischen Partei (NPD) für verfassungswidrig erklärt wird. Nur das höchste deutsche Gericht kann eine solche Entscheidung fällen. Als Voraussetzung muss das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe feststellen, dass eine Partei anstrebt, «die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden».

Empfehlung für einen Untersuchungsausschuss

WIEN: In der «Spitzelaffäre» um geheime Polizeidaten in Österreich hat der deutsche SPD-Fraktionschef Peter Struck die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses empfohlen. Bei einem Besuch in Wien sagte Struck am Freitag nach einer Meldung der österreichischen Nachrichtenagentur APA, bei einem ähnlichen Fall in Deutschland würde selbstverständlich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt. Das Parlament in Wien hat den Antrag der Oppositionsparteien auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der Affäre mit den Stimmen der Regierungsmehrheit von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Der Fraktionschef der Wiener Sozialdemokraten, Peter Kostelka, fordert jedoch wie in Deutschland ein Recht der parlamentarischen Minderheit auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

ARD protestiert gegen Übergriffe auf Journalisten

BADEN-BADEN: Die ARD hat am Freitag bei den ägyptischen Behörden gegen Übergriffe der Polizei auf ausländische Journalisten protestiert. Die Journalisten wollten am Mittwoch über die Wahlen in Ägypten berichten und hatten Interviews mit wahlwilligen Bürgern gemacht, die von ägyptischen Sicherheitsagenten an der Stimmabgabe gehindert wurden. ARD-Radiokorrespondent und elf andere ausländische Journalisten wurden von Polizisten attackiert und teils heftig geschlagen. Durms Tonbandgerät wurde zerstört und das Band beschlagnahmt. Auch der ägyptische Journalistenverband und die Vereinigung der Auslandspressen in Kairo beschwerten sich beim Informationsministerium. Für die ARD forderte der Direktor des Südwestrundfunks, Bernhard Hermann, das staatliche Informationsamt in Kairo auf, die freie Berichterstattung zu gewährleisten.

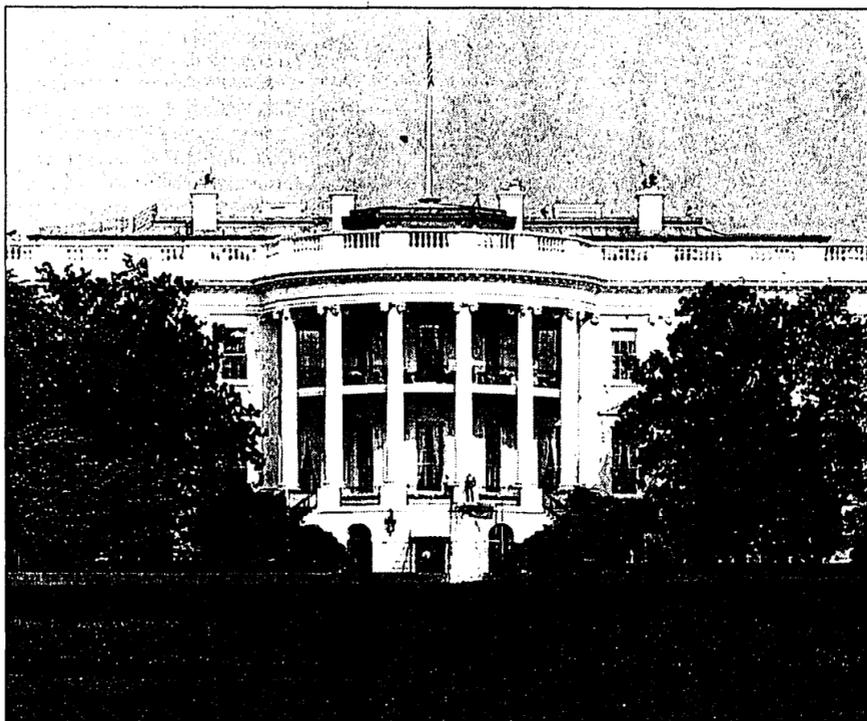
Nervenkrieg ums Weisse Haus

Bush fordert Gore auf, seine Niederlage anzuerkennen

WASHINGTON: Angesichts des ungewissen Ausgangs der US-Präsidentschaftswahl haben die beiden Kandidaten einen Nervenkrieg begonnen: Die Sprecherin des Republikaners George W. Bush forderte den Demokraten Al Gore am Freitag auf, seine Niederlage anzuerkennen.

Bush liege 327 Stimmen vor Gore, zitierte Karen Hughes das Ergebnis einer inoffiziellen Stimmenauszählung in allen 67 Wahlbezirken in Florida. Der Leiter von Gores Wahlkampagne, William Daley, entgegnete umgehend, für die Demokraten sei die Wahl noch nicht beendet.

Das Tauziehen um die amerikanische Präsidentschaftswahl wird frühestens Ende kommender Woche entschieden sein. Erst dann wird das offizielle Endergebnis der äusserst knappen Wahl im Bundesstaat Florida feststehen. Nach amtlichen Teilergebnissen vom Freitagabend hat Bush einen Vorsprung von 960 Stimmen vor Gore. Bislang lägen bei der Nachzählung die Ergebnisse von 65 der 67 Bezirke in Florida vor, teilte die Wahlbehörde in Tallahassee, der Hauptstadt Floridas, mit. In Florida gingen knapp sechs



Die beiden US-Präsidentschaftskandidaten Bush und Gore haben angesichts des ungewissen Ausgangs der Wahlen einen Nervenkrieg begonnen. (Bild: Keystone)

Millionen Wähler zur Wahl.

Resultat frühestens in einer Woche

Nicht berücksichtigt seien dabei die Ergebnisse aus den Bezirken Hernando und Palm Beach. Nach Angaben der

Wahlbehörde wird mit der Nachzählung in Palm Beach am Samstag begonnen. Die offizielle Nachzählung wurde entgegen früheren Ankündigungen nicht bis Donnerstagabend beendet. Angesichts des knappen Ausgangs müssen aber auch

die Stimmen der Briefwählerinnen und -wähler im Ausland berücksichtigt werden.

Wie die Innenministerin des Bundesstaates, Katherine Harris, mitteilte, gilt dafür eine Frist bis Freitag nächster Woche.

Unregelmässigkeiten

Der beispiellose Kampf um das Weisse Haus wird von Beschwerden über Unregelmässigkeiten begleitet. Die Demokraten forderten, in vier Bezirken Floridas die Stimmen per Hand nachzuzählen. Sie wollen ausserdem ein gerichtliches Vorgehen von Wählern gegen den Ablauf im Bezirk Palm Beach unterstützen. Eine Richterin in Palm Beach ordnete für kommenden Dienstag eine Überprüfung an. Bis dahin darf der Bezirk das Ergebnis nicht offiziell weiterleiten. In Palm Beach sollen irreführende Stimmzettel dazu geführt haben, dass Tausende für den Reformparteiandidaten Pat Buchanan statt für Gore gestimmt haben. Aus dem gleichen Grund hätten 19 000 Wähler ihre Stimmzettel doppelt gelocht, um ihre erste, falsche Stimmabgabe zu korrigieren. Dies führte dazu, dass die Stimmzettel für ungültig erklärt wurden.

Die Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahl sind nach Auffassung der Republikaner auch in den Bundesstaaten New Mexico, Iowa und Wisconsin strittig. Wie die Behörden in New Mexico am Donnerstag (Ortszeit) mitteilten, wurde dort bereits mit einer Neuauswertung von 67 000 Stimmzetteln begonnen.

Barak beurteilt Friedensprozess pessimistisch

Nahost Absage für Arafats Schutztruppen-Pläne im Weltsicherheitsrat

NEW YORK: Palästinenserpräsident Jassir Arafat hat am Freitag auf seinen Wunsch nach einer UNO-Schutztruppe für die Bevölkerung der palästinensischen Autonomiegebiete im Weltsicherheitsrat eine Absage erhalten.

Bei Gesprächen Arafats mit den Vertretern der 15 Mitgliedstaaten des Rates wurde in New York aber auch Verständnis für das Schutzbedürfnis geäussert. Frankreich regte dazu den Einsatz von nicht bewaffneten UNO-Beobachtern an. Arafat musste sich sagen lassen, dass ohne die Zustimmung Israels an einen Truppeneinsatz nicht zu denken sei. Israel lehnte die Stationierung einer UNO-Truppe bislang ab. Auch US-Präsi-

dent Bill Clinton hatte sich am Donnerstag bei einem Treffen mit Arafat im Weissen Haus erneut gegen einen internationalen Truppeneinsatz ausgesprochen. Arafat unterstrich dem Treffen mit Clinton seinen Willen zur Zusammenarbeit mit Israels Ministerpräsident Ehud Barak. Barak hingegen rechnet nach eigenen Angaben nicht mit einer raschen Wiederaufnahme der Nahost-Friedensverhandlungen.

Beratungen zur Staatsgründung verschoben

Die palästinensische Führung verschob indes die für den 15. November geplanten Beratungen über eine einseitige Staatsgründung in den Palästinenser-Gebieten. Ein neuer Termin für

die Beratungen werde in Kürze mitgeteilt. Trotz der neuen Friedensbemühungen erschoss am Freitag die israelische Armee vier junge Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland. Bei einem Sprengstoffanschlag in Ost-Jerusalem wurde ein israelischer Polizist leicht verletzt. Schwere Verletzungen erlitt ein israelischer Soldat bei Bethlehem. Im Gazastreifen demonstrierten etwa 30 000 Palästinenser gegen den tödlichen israelischen Angriff auf ein hochrangiges Mitglied der Fatah von Arafat. Seit Beginn der Unruhen Ende September wurden 200 Menschen getötet, die meisten von ihnen waren Palästinenser. Am Nachmittag riegelte die israelische Armee nach Zusammenstössen mit Palästinensern die

Städte Ramallah und Bethlehem ab. Ausserdem sperrte Israel im Süden des Gazastreifens die Mittelmeerküste vor Chan Junes und Rafah ab. Rund fünftausend arabische Israeler beteiligten sich in der arabischen Ortschaft Umm el Fahm im Norden Israels an einem Trauermarsch für die seit 28. September getöteten zwölf Landsleute. Sie warfen der israelischen Armee vor, die zwölf Opfer bei Solidaritätskundgebungen zu Gunsten der Palästinenser erschossen zu haben. Barak hatte eine Untersuchung der Vorfälle angeordnet.

Die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, traf am Freitag zu einem zweitägigen Besuch der palästinensischen Autonomiegebiete ein. Robinson sprach in der

Stadt Gaza mit hohen Vertretern der palästinensischen Autonomiegebiete. Sie will am kommenden Mittwoch auch mit Palästinenserpräsident Jassir Arafat zusammentreffen. Robinson hatte am Mittwochabend zunächst Israel besucht, um im Auftrag der UNO-Menschenrechtskommission die Hintergründe der jüngsten Unruhen und mögliche Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee in den Palästinenser-Gebieten in Erfahrung zu bringen. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International warf der israelischen Polizei in einem Bericht vor, seit Beginn der jüngsten Unruhen in den Palästinensergebieten wiederholt palästinensische Kinder misshandelt zu haben.

Jugoslawien ist wieder Mitglied der OSZE

WIEN: Jugoslawien gibt dem Kriegsverbrechertribunal der UNO in Den Haag freie Hand, die Kriegsverbrechen auf dem Balkan zu untersuchen. Dies hat der jugoslawische Aussenminister Goran Slivanovic nach der Wiederaufnahme seines Landes in die OSZE versichert. Auch der abgelöste Staatspräsident Slobodan Milosevic müsse zur Rechenschaft gezogen werden, sollte er Kriegsverbrechen angeordnet haben, sagte Slivanovic am Freitag in Wien. Milosevic halte sich in Belgrad auf, stehe aber «vollständig ausserhalb des politischen Lebens». Der Gerichtshof könne in Belgrad sofort ein Büro errichten, Vertreter des Tribunals besäßen bei ihrer Arbeit in Jugoslawien alle Freiheiten. Mögliche Prozesse gegen mutmassliche Kriegsverbrecher sollten jedoch

in Jugoslawien und nicht in Den Haag stattfinden, verlangte Slivanovic. Die UNO-Chefanklägerin Carla Del Ponte hatte sich zuvor beklagt, trotz zahlreicher Versuche des UNO-Tribunals bisher noch keinen Zugang zu den Archiven auf dem Balkan zu haben. Im ehemaligen Jugoslawien seien neben den Drahtziehern für den Völkermord wie Radovan Karadzic und Ratko Mladic noch 38 Kriegsverbrecher auf der Flucht. Bei Beweisfindung und Verhaftung sei das Tribunal auf die örtlichen Behörden angewiesen, sagte Del Ponte. Sie kritisierte aber auch die unzulängliche personelle und finanzielle Ausstattung des internationalen Gerichtshofs. Die neue jugoslawische Regierung plant, laut Slivanovic die Errichtung einer so genannten Wahrheitskommission.

AHV-Revision

Nationalratskommission will Witwen etwas schonen

BERN: Die Witwenrente soll weniger stark abgebaut werden, als es der Bundesrat will. Mit 11 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen hat die Sozialkommission des Nationalrates ein neues Modell gutgeheissen. Linke und Grüne wehren sich für den Status quo.

Gälte die vom Bundesrat vorgeschlagene Gleichstellung der Witwen mit der Witwenrente, hätten 70 Prozent der Witwen keinen Rentenanspruch mehr. Beim Modell der Nationalratskommission wären es noch 47 Prozent. Statt 786 Millionen würden nach Auskunft von Präsidentin Rosmarie Dormann nur 525 Millionen Franken eingesparrt. Einverstanden war die Kommissionsmehrheit mit dem für Frauen wie Männer gelten-

den Grundsatz, dass Verwitwete nur noch so lange eine Rente erhalten sollen, als sie Kinder unter 18 Jahren zu betreuen haben. Mit besonderen Bestimmungen für die Witwen federte man das



Präsidentin der Sozialkommission, Rosmarie Dormann.

neue Regime in der 11. AHV-Revision aber ab. Danach soll die Witwe einen unbefristeten Rentenanspruch haben, wenn sie über 45 Jahre alt ist, bevor das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet hat. Der Bundesrat setzte die Altersgrenze bei 50 Jahren. Bei der Kommission geht leer aus, wer sein letztes Kind mit unter 27 Jahren hat. Gemäss Bundesrat läge das Alter bei 32 Jahren. Von den neuen Bestimmungen wären laut Kommission bei einem Inkrafttreten Anfang 2003 die Frauen ab Jahrgang 1958 betroffen, laut Bundesrat jene ab Jahrgang 1953. Während die Landesregierung nur eine Schonfrist von drei Jahren vorschlug, beschloss die Kommission für die laufenden Witwenrenten eine volle Besitzstandgarantie.